

Pressemitteilung 01.12.2011

Landesfrauenrat und Landesfamilienrat verlangen neue Bewertung und Verteilung von Erwerbsarbeit und familiärer Fürsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung

Die Bewertung von Zeiten der Kindererziehung und Pflege bei der gesetzlichen Rente muss deutlich verbessert werden fordern Landesfamilienrat und Landesfrauenrat bei einer gemeinsamen Fachveranstaltung. Wichtig ist die eigenständige Sicherung von Frauen im Alter. In Zukunft wird es vor allem darauf ankommen, Erwerbsarbeit, Pflege- und Erziehungsaufgaben aber auch das Ehrenamt anders zu bewerten und gerechter zwischen Männern und Frauen aufzuteilen. Gefordert wird auch eine umfassende und unabhängige Beratung im Dschungel der privaten Altersvorsorge.

Der Ausspruch des ehemaligen Arbeitsministers „Die Rente ist sicher“ enthält immer weniger beruhigendes Potential. Denn für die Angehörigen der jüngeren Generation wird die Aussicht auf ihre finanzielle Sicherheit im Alter zunehmend fragwürdig. Die demographische Entwicklung und die Entwicklung am Arbeitsmarkt führen zu längerer Lebensarbeitszeit, geringerer Rentenerwartung und der Notwendigkeit einer privaten Altersvorsorge. Der „Trend zur Eigenverantwortung“ trifft dabei auf eine Zunahme unsteter Erwerbsbiographien, auf Niedriglöhne, hohe Arbeitslosigkeit oder gering bewertete Kindererziehungszeiten, so der Befund der beiden Verbände für Frauen und Familien. Für Frauen stellt sich die Frage nach finanzieller Sicherheit im Alter in besonderer Weise: Mütter erfüllen den Generationenvertrag einer umlagefinanzierten Alterssicherung - und bezahlen dafür mit niedrigeren Löhnen und geringen Rentenanwartschaften. Die Durchschnittsrente von Frauen ist in den alten Bundesländern nur halb so hoch wie die der Männer.

Angelika Klingel, Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg, fordert eine gerechtere Aufteilung von Erwerbsarbeit und Familienaufgaben zwischen den Geschlechtern: „Dazu müssen sich verschiedene Systeme bewegen. Wir brauchen bessere Kinderbetreuung, mehr Unterstützung bei der häuslichen Pflege und ein gesellschaftliches Umdenken“, so Klingel. Frauen sind auf ein solidarisches System der sozialen Sicherung besonders angewiesen; dieses gelte es auszubauen, indem die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgeweitet wird. Einbezogen werden müssen auch Selbständige und Beamte.

„Der männlich geprägte Erwerbsverlauf einer 40-Stunden-Woche über 45 Jahre kann nicht das Zukunftsmodell für beide Geschlechter sein“, findet auch Rosemarie Daumüller, die Geschäftsführerin des Landesfamilienrates. Der Landesfamilienrat fordert ein entschiedenes politisches Gegensteuern im Hinblick auf eine wachsende Altersarmut. Mit der Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge seien viele Menschen allein gelassen und verunsichert. Dazu tragen auch die aktuellen Befunde zur Effektivität der Riester Rente bei. Umso wichtiger ist eine umfassende und unabhängige Beratung zur Altersvorsorge, wie sie beispielhaft die Rentenversicherung in Baden-Württemberg anbietet. „Es ist daher unverständlich“, so Daumüller, „dass der Landesrechnungshof, das Ende dieses Angebotes fordert, denn Staat und Sozialversicherung dürfen sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen“.

Kontakt: Rosemarie Daumüller (Geschäftsführerin)

Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Gymnasialstraße 43, 70174 Stuttgart, Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de , www.landesfamilienrat.de